

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/69

11. April 1975

Das Erreichte nicht gefährden, sondern ausbauen

Aber EG-Europa braucht den Druck der europäischen
Bürger

Von Wilhelm Dröschner MdL
Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des Bundes
der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen
Gemeinschaft

Seite 1 und 2 / 89 Zeilen

Wir sind zur Hilfe verpflichtet !

Vietnam-Unterstützung ohne Rücksicht auf die politische
Konstellation

Von Dr. Rolf Meinecke (Hamburg) MdB
Stellv. Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses
für humanitäre Hilfe

Seite 3 und 4 / 59 Zeilen

Vietnam, die USA und wir

Sachliche Feststellungen zu einem aktuellen Problem

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Seite 5 und 6 / 87 Zeilen

Sind unsere Parlaments-Spielregeln noch in Ordnung ?

Forderung nach Bundestags-Ehrenordnung wird besonders
aktuell

Von Hermann Dürr MdB
Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und
Geschäftsordnung

Seite 7 und 8 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 27-33
Telex: 08 86 846-48 pbbnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 376611

Das Erreichte nicht gefährden, sondern ausbauen

Aber EG-Europa braucht den Druck der europäischen Bürger

Von Wilhelm Drüscher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender des Bundes der
sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft

Im kommenden Jahr werden drei Jahrzehnte vergangen sein, seit Winston Churchill in Zürich an die Europäer appellierte, den Weg zueinander, den Weg zu den "Vereinigten Staaten von Europa" zu suchen. Vor allem die junge Generation wird dann Politiker und Staatsmänner fragen, was sie in diesen drei Jahrzehnten in Europa für Europa getan haben - und jene Institutionen, auf die der westliche Teil Europas verweisen kann, dürften einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

Eines ist gewiß: Das ganz große Ziel haben wir nicht erreicht für Europa, aber es war doch auch wieder mehr, als mancher Kritiker - je nach seinem politischen oder gesellschaftlichen Standort - wahrhaben will. Natürlich zeigen Vorgänge wie im jüngsten italienisch-französischen "Weinkrieg", daß es noch kein wirkliches Verständnis für wirtschaftlichen Wettbewerb in Europa gibt, daß es aber vor allem an europäischen Staatsbürgern fehlt, die auch dann noch zu ihren Einrichtungen stehen, wenn sie einmal keinen materiellen Vorteil bringen, sondern vielleicht Opfer fordern. Andererseits aber bin ich davon überzeugt, daß es in den Regierungen und unter den Bürgern doch genug Europäer gibt, die es gemeinsam zu verhindern wissen, daß der "Weinstreit" die EG sprengt wie sie es (Europäer und Atlantiker) geschafft haben, durch den "Hähnchenkrieg" das Bündnis USA-Europa nicht gefährden zu lassen.

Richtig bleibt aber gerade in einer Zeit, da mal Italiener, mal Franzosen, mal Deutsche, mehr oder minder intensiv ihre nationalen Wirtschaftsinteressen übertreibend, "verrückt" spielen - subjektiv oft mit guten Gründen -, daß in der Öffentlichkeit mehr über das gesprochen werden sollte, was mit den Römischen Verträgen über die EWG bereits erreicht ist: Der funktionierende freie Fluß des Kapitals, der Produkte und der Arbeitskräfte, was unübersehbare Vorteile bringt, wenn man alles in allem nimmt. Die gewaltigen Exportzahlen der deutschen Wirtschaft und damit einen nicht geringen Teil des deutschen Wohlstandes gäbe es schwerlich, wenn die alten europäischen Handelschranken bestünden; aber auch die Franzosen und Holländer wissen, daß ihre exportierende Landwirtschaft keinen derartigen Aufschwung genommen hätte, wäre ihr das Tor zum großen deutschen Markt nicht weit geöffnet worden. Diese Beispiele lassen sich beliebig und für alle, wirklich für alle Staaten Europas erweitern - sicher sehr bald auch für Großbritannien.

Was wir erreicht haben, muß gesichert werden. Aber das genügt fraglos nicht. Wir müssen die "Europa-Gemeinschaft" weiter voran bringen. Aber dies ist nur zu schaffen, wenn wir auch die großen gesellschaftspolitischen Aufgaben in den Ländern in etwa gleichzeitig und gemeinsam angehen und lösen. Unerlässlich ist dabei, daß wir intensiver an das Angleichen der Kostenstrukturen der Wirtschaft und des Staates gehen. Dazu gehören natürlich Löhne und Sozialleistungen ebenso wie die Steuersysteme. Unerlässlich ist aber vorab eine gemeinsame Stabilitätspolitik. Anders läßt sich die Währungs-

union nicht verwirklichen, denn wenn eine Währungsunion nur die stabilitätsbewußten Länder finanzieren, werden die Steuerzahler, d.h. die Bürger, nicht mitmachen.

Die Hoffnungen der Europäer auf mehr europäische Einheit und Einigung und die Möglichkeiten zur Realisierung soll nach dem Beschluß der Pariser EG-Gipfelkonferenz vom 9./10. Dezember 1974 der belgische christlich-soziale Ministerpräsident Leo Tindemans, als überzeugter Europäer, bis Ende 1975 in einem Bericht zusammenfassen. An diesem Bericht sollen und wollen sich die europäischen Instanzen orientieren, wenn es gilt, für Europa neue Zukunftsentscheidungen zu treffen, aber auch konkrete nah- und mittelfristige Ziele wie die Direktwahlen zum Europäischen Parlament anzusteuern. Wenn nicht alles trägt, werden die demokratischen Kräfte in EG-Europa in diesem Bericht viel Gemeinsamkeit einbringen, Gemeinsamkeit im Grundsätzlichen, aber auch in wichtigen Details der angestrebten "Europäischen Union".

Georg Spénala, der neue Präsident des europäischen Parlaments, hat mit mir in den Gesprächen mit Ministerpräsident Tindemans keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß neue Erfolge für Europa, auch wenn sie mit den alten Zielen weithin identisch sein sollten, nur erreichbar sind, wenn die große Mehrheit der Bürger, wenn vor allem der "kleine Mann" in den Ländern der Gemeinschaft zu erkennen vermag, daß jetzt die Zeit seines ganz persönlichen Engagements für den nächsten Schub europäischer Politik unausweichlich ist.

Das Europa des Kapitals und der Wirtschaft funktioniert, wenn man von Schönheitsfehlern und Pannen einmal absieht, recht gut. Weitere Erfolge bei der Vertiefung der europäischen Gemeinschaft bedürfen aber der breiten Unterstützung durch die Bürger in den Staaten. Die gesellschaftlichen Gruppen müssen jetzt erkennen, daß ihre Bemühungen zum Durchsetzen eigener Ziele langfristig der transnationalen, der europäischen Bühne bedürfen. Das haben die Unternehmer, vor allem die Großwirtschaft, längst begriffen; die Bauern praktizieren dies bereits erfolgreich. Nun kommt es auf die Gewerkschaften und die demokratischen politischen Parteien an, die Interessen ihrer Mitglieder zu identifizieren mit dem Fortgang der europäischen Einigung. Es geht dabei gleichermaßen um wirtschaftliche und soziale Sicherheit wie um die Stärkung der Verteidigungskraft und der äußeren Sicherheit. Es geht aber auch, das darf nicht übersehen werden, um die gemeinsame Sicherung der Umwelt. Zur Erreichung dieser Ziele müssen die nationalen Grenzen überwunden werden. Der Anfang ist gemacht.

Da uns gottlob kein europäischer Napoleon ins Haus steht, um das Werk mit Gewalt zu vollenden, müssen die Politiker die Chance nutzen, aus der Quantität der Einzelkenntnisse über den Nutzen der Gemeinschaft durch den Einsatz unserer Vernunft die Qualität der neuen Gemeinschaft zu stärken. Dabei ist es nicht zu vermeiden, aber auch nicht schädlich, wenn man die den Kommunisten nahestehenden Gewerkschaften in Italien und Frankreich vor die "Gretchenfrage" stellt, wie sie es mit einem Europa der Bürger, also auch dem Europa der Arbeitnehmer zu halten gedenken. Auch über dieses heiße Eisen wird demnächst mit den Kollegen der christlichen und liberalen Parteien in Europa zu reden sein.

(-/11.4.1975/ks/ee/pr)

+ + +

Wir sind zur Hilfe verpflichtet !

Vietnam-Unterstützung ohne Rücksicht auf die politische Konstellation

Von Dr. Rolf Meinecke (Hamburg) MdB

Stellv. Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für humanitäre Hilfe

Jeden Abend, wenn uns das Fernsehen Bilder von den Kampfhandlungen in Vietnam und dem grauenhaften Elend der Flüchtlingstrecks, dem Tod und der millionenfachen Not von Menschen zeigt, dann wird in erster Linie die politische Schuldfrage diskutiert. Die Frage nach der Verpflichtung zu humanitären Hilfsmaßnahmen kommt dabei viel zu kurz: Fehlt uns schon das Verständnis dafür, daß Menschen Not und Elend einer Flucht auf sich nehmen müssen?

Eine politische Wertung dessen, was sich dort in Südost-Asien abspielt, darf für uns kein innenpolitisches Streitthema sein. Die Amerikaner selbst und fast die gesamte Weltöffentlichkeit hatten damals die Regierung der Vereinigten Staaten zu einem Rückzug gedrängt, weil offenkundig geworden war, daß die schlimmen Folgen einer Fortsetzung des multilateralen Krieges nur schwer gegen die Beendigung und damit die Preisgabe Südvietnams an die Kommunisten aufzurechnen waren. Angesichts der schrecklichen Ereignisse heute kostet es geradezu Überwindung vom "kleineren Übel" zu sprechen. Umso mehr ist es unsere Pflicht, humanitär zu helfen, auch wenn Hilfsmaßnahmen politische Krisenzustände nicht beseitigen können.

Seit 1966 leistet die Bundesregierung humanitäre Hilfe für die Länder des ehemaligen Indochina. Sie steht in ihren Leistungen hinter den Vereinigten Staaten an der Spitze der anderen Nationen in der Welt: von 1966 bis 1974 sind für humanitäre Hilfsmaßnahmen rund 200 Millionen DM und für Maßnahmen der Entwicklungshilfe rd. 145 Millionen DM bereitgestellt worden. Die Gesamtaufwendungen für den indochinesischen Raum betragen rd. 1/2 Milliarde DM einschließlich der angebotenen Kapitalhilfe.

Doch immer war die Bundesregierung schon zu Beginn einer humanitären Aktion, die sie meist in Zusammenarbeit mit internationalen und nationalen karitativen Organisationen durchführt, zunehmender Kritik bezüglich der Effektivität und Administration ausgesetzt gewesen, weil der Öffentlichkeit meist alles zu langsam und nicht perfekt genug erscheint. Aber erstens kann

sich niemand, der noch nie in Katastrophen- oder Krisengebieten Erfahrungen gesammelt hat, von den dortigen situationbedingten Hemmnissen ein Bild machen, und zweitens kommt es nicht darauf an, was nicht ankommt, was verschwindet, was in falsche Kanäle geht, sondern es kommt auf das an, was bleibt, was hilft und was nützt.

Gemäß diesen Grundsätzen haben die Parteien in den letzten Jahren in den zuständigen Gremien immer einvernehmlich entschieden. Es mag daher fragwürdig sein, wenn Prof. Carstens jetzt in der Springer-"Welt" erklärt, daß er "es zwar billigt, wenn humanitäre Hilfe auch in den kommunistisch beherrschten Gebieten geleistet würde, dies aber eben von der Voraussetzung abhängig macht, daß die Hilfe nur denjenigen zugute kommt, die sie brauchen, was oft sehr schwer in kommunistisch beherrschten Gebieten ist".

Das kann niemand garantieren, und es hängt schon gar nicht von der politischen Konstellation eines Krisengebietes ab. Die Bundesregierung hat mit Zustimmung aller Parteien in der Sahel-Zone, in Lateinamerika und auf dem indischen Subkontinent geholfen, ohne nach dem dortigen politischen System zu fragen. Der Bundestags-Unterausschuß für humanitäre Hilfe hat mehrfach einvernehmlich in Grundsätzen festgestellt, daß "die Hilfe allen betroffenen Ländern Indochinas zugute kommen soll", und "daß die deutsche Hilfe so zu gestalten sei, daß sie so neutral sein müsse, daß sie keinen Eingriff in die innenpolitischen Verhältnisse oder in die Auseinandersetzungen in Vietnam darstelle".

Man muß der Bundesregierung und der Öffentlichkeit für ihre rasche Hilfsbereitschaft danken, und ich möchte hoffen, daß unser Beitrag nicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist, damit aus humanitärer Hilfe bald wieder Entwicklungshilfe werden kann. Wenn die Waffen dort eines Tages schweigen, sollten wir den geschundenen Völkern einen neuen Start ermöglichen. Vielleicht kann es die Öffentlichkeit anregen, die jetzt eröffneten Konten für Vietnam zu benutzen (Deutsches Rotes Kreuz, Caritas, Brot für die Welt), wenn daran erinnert wird, daß die SPD-Bundestagsfraktion vor zwei Jahren durch ihre Mitglieder rd. 70.000 DM überwiesen hatte.

(~/11.4.1975/ks/pr)

+ + +

Vietnam, die USA und wir

Sachliche Feststellungen zu einem aktuellen Problem

Von Prof. Dr. Carl-Christoph Schweitzer MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die uns Deutsche aus unserer eigenen Vergangenheit heraus jenseits aller parteipolitischen Unterschiede sicherlich tief bewegende Tragödie in Vietnam mit ihrem schier unermeßlichen, also kaum noch meßbare Massensterben, nähert sich nach mehr als 30 Jahren Krieg jetzt wohl ihrem Endpunkt. Ohne noch einmal die Frage nach dem Für und Wider insbesondere des langjährigen Engagements unseres wichtigsten Verbündeten in Indochina, d.h. der USA, aufwerfen zu wollen - hier wird die "Geschichte" nunmehr ihr abschließendes Urteil sprechen -, stellt sich für die speziell an der Außenpolitik Mitverantwortung Tragenden ebenso für die in der internationalen Friedens- und Konfliktforschung Tätigen unausweichlich die Frage, ob das Pariser Waffenstillstandsabkommen vom 27. Januar 1973 nachträglich als ein brauchbares Mittel zur Erreichung eines übergeordneten Zieles der Friedenssicherung in diesem Teil der Welt anzusehen ist.

Der Chefarchitekt dieses Abkommens auf amerikanischer Seite, der Außenminister der USA Dr. Henry Kissinger, zielte sicherlich auf die Herstellung eines Friedens im Sinne eines Nichtkriegszustandes ab: im Interesse der betroffenen Menschen, aber schließlich und vor allem auch im Interesse der Vereinigten Staaten von Nordamerika selber, deren ebenso tragisches wie verfehltes militärisch-politisches Engagement über die Jahre hinweg in diesem Teil der Welt einen so großen Blutzoll von amerikanischen Familien gefordert hatte und das daher mit diesem Waffenstillstand ehrenhaft beendet werden sollte. Gleichzeitig mögen sich die nicht-kommunistischen Unterhändler damals der Hoffnung hingeeben haben, durch ein solches Abkommen zumindest eine theoretische Möglichkeit für die Herbeiführung einer "Ordnung" in Südvietnam ebenso wie in Gesamtvietnam geschaffen zu haben, die die Charakterisierung "friedlich" eines Tages tatsächlich verdienen könnte.

Dem ersten Ziel sollten die Kapitel I, II und III des Pariser Abkommens dienen, dem zweiten die Bestimmungen der Kapitel IV und V. Wenn wir nun fragen, ob die ersten drei Kapitel ein taugliches oder untaugliches Mittel zur Erreichung entsprechender Zielvorstellungen darstellten, oder nicht, werden wir schon heute bei aller gebotenen Vorsicht (d.h. bei der noch unübersichtlichen Quellenlage) sagen können, daß diese Bestimmungen es einerseits den USA ermöglichten, sich ehrenvoll aus Indochina zu disengagieren, andererseits aber doch wohl kaum geeignetes Instrumentarium zur Sicherstellung einer Waffenruhe auf der Basis des damaligen Status quo sein konnten, und zwar wegen der voraussehbaren Mängel der Kontroll- und Garantiemöglichkeiten durch die entsprechenden Kommissionen und letztlich die Beteiligten als "Konferenz"-Mächte selber. Die Arbeit der Kommissionen wurde von Anfang an zur Ineffizienz, die Konferenz als solche aufgrund der ideologischen Differenzen zwischen den Vertragsparteien und ihren daher völlig unterschiedlichen Zielvorstellungen zum Immobilismus verurteilt. Zum anderen muß aber immer wieder darauf hingewiesen werden,

daß zur Erhaltung des militärisch-politischen Status quo in Südvietnam *expressis verbis* nur die "südvietnamesischen Parteien", nicht aber die Nordvietnamesen verpflichtet wurden, deren damals tatsächliche oder möglicherweise erneut gegebene militärische Anwesenheit in Südvietnam nicht direkt angesprochen wurde. Der Artikel 7 war hier viel zu vage.

Welche der beiden "südvietnamesischen Parteien" auch immer als erste den Vertrag unterlief, indem sie den militärisch-politischen Status quo nach Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens zu ihren Gunsten zu verändern suchte - sicher ist, daß Nordvietnam auch nach 1973 gänzlich unabhängig von diesem Abkommen völkerrechtswidrig in Südvietnam militärisch präsent war bzw. präsent ist, und darüber hinaus sowohl das Saigoner Regime wie der Vietcong den Bestimmungen des Kapitels IV, Artikel 11 und 12 nicht gefolgt sind, wonach sie "unmittelbar nach dem Waffenstillstand"... nach "nationaler Wiederausöhnung und Eintracht streben" und "Konsultationen miteinander führen" sollten, um einen "Nationalrat der nationalen Wiederausöhnung und Eintracht zu errichten" zum Zwecke der "Gewährleistung demokratischer Freiheiten".

Ob das Regime Thieu, dessen Massenbasis bei der südvietnamesischen Bevölkerung genauso anzuzweifeln war und ist wie das des Vietcong, das Pariser Abkommen seinerzeit unter dem Druck der Vereinigten Staaten oder aufgrund geheimer bilateraler Zusatzabkommen mit Washington akzeptierte, dabei aber von Anfang an gar nicht die Absicht hatte, die Waffenstillstandsbestimmungen der Artikel 11 und 12 in die Tat umzusetzen, muß aus den schon angedeuteten Gründen noch offenbleiben. Man wird aber davon ausgehen können, daß beide "südvietnamesischen Parteien" ausschließlich ihre eigenen politischen Endlösungen mit Hilfe dieser Bestimmungen sicherzustellen suchten - und daß gerade deshalb eben diese Bestimmungen tote Buchstaben bleiben mußten. Ähnlich ist das Kapitel V ("Die Wiedervereinigung Vietnams und die Beziehungen zwischen Nord- und Südvietnam") zu bewerten. Auch hier wurden untaugliche Mittel ("Gespräche und Vereinbarungen") und untaugliche Ziele anvisiert: Untaugliche Ziele deshalb, weil eine Wiedervereinigung Vietnams letztlich nur möglich wäre auf der Basis eines politischen Totalerfolges der einen oder anderen Seite. Dabei dürfte die kommunistische Seite die besseren Chancen haben, ja vielleicht immer schon gehabt haben, was sicherlich auch Realpolitikern in Washington zu keinem Zeitpunkt entgangen ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland gilt in diesem ganzen Zusammenhang nach wie vor:

1/ Alle kämpfenden Parteien in Vietnam bleiben aufgefordert, endlich und schnellstens den mörderischen Kämpfen ein Ende zu bereiten.

2/ Wir werden allein und mit unseren Verbündeten und anderen befreundeten Staaten auch weiterhin alles tun, um ein Maximum an effektiver humanitärer Hilfe für die leidgeprüften Vietnamesen sicherzustellen.

3/ In diesem Bürger- und Interventionskrieg gibt es keine echten Parallelen zur Lage in Mitteleuropa, schon gar nicht zu der im geteilten Deutschland. Saigon ist nicht Berlin, das Regime Thieu nicht vergleichbar mit demokratisch voll legitimierten Bundesregierungen; das US-Disengagement aus Indochina findet keine Entsprechung in der US-Europa- und Deutschlandpolitik.

4/ Innenpolitisch bleiben kritische Betrachter der Lage in Indochina aufgerufen, nicht mit zweierlei Maß zu messen und etwa heute gegenüber Aggression und militärischem Terror zu schweigen, wo man noch vor einigen Jahren einem anderen Adressaten - den USA gegenüber - mitunter sehr lautstark protestierte. Die Welt ist für uns unteilbar geworden, was die Sicherung von Glück und Freiheit für den Einzelnen betrifft. (-/11.4.1975/bgy/pr)

Sind unsere Parlamente-Spielregeln noch in Ordnung ?

Forderung nach Bundestags-Ehrenordnung wird besonders aktuell

Von Hermann Dürr MdB

Mitglied des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Ausweislich des stenografischen Parlaments-Protokolls erteilte der amtierende Präsident während der Bundestagssitzung am Donnerstagabend dem Abg. Prof. Dr. Friedrich Schäfer eine Rüge. Im Sachzusammenhang führte Vizepräsident Dr. Hermann Schmitt-Vockenhäuser dazu aus:

"Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, darf ich noch einmal auf Punkt 7 der heutigen Tagesordnung zurückkommen. Herr Abg. Prof. Dr. Abelein hat anlässlich seiner Ausführungen zu diesem Tagesordnungspunkt unter anderem gesagt: 'Manchmal frage ich mich, welche Position Sie eigentlich in den Verhandlungen, auf der einen Seite Sowjetunion und DDR und auf der anderen Seite Bundesrepublik Deutschland, überhaupt vertreten'. Es ist verständlich, daß bei einem solch scharfen und schweren Angriff - der amtierende Präsident hat nach der Geschäftsordnung keine Möglichkeit, den Betreffenden dafür zu rügen - aus dem Hause Reaktionen erfolgen. Der Präsident hat nur die Möglichkeit, unmittelbare persönliche Beleidigungen - auch wenn der vorhergehende Angriff scharf und schwer gewesen ist - zu rügen. Herr Abg. Prof. Dr. Schäfer hat Herrn Abg. Dr. Abelein zugerufen: 'Ein übler Hetzer und Verleumder!' Ich muß diesen Zuruf rügen."

Die Handlungsweise des amtierenden Präsidenten entspricht der bisherigen Übung. Sie erscheint aber jedem unbefangenen Betrachter unverständlich, sogar ungerecht. Der CDU-Abg. Abelein hat schließlich die Vermutung geäußert, Teile des Bundestages seien bei den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR auf der anderen Seite gestanden. Hätte es sich um Verhandlungen von Rechtsanwälten gehandelt, so wäre in der Äußerung der Vorwurf eines mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bedrohten Parteiverrats enthalten. Politisch betrachtet heißt der Vorwurf, Mitglieder des Bundestages stünden geistig auf einer Seite, die kein westlicher Betrachter

11. April 1975

als demokratisch anerkennen kann. Der Vorwurf ist mehr als hetzerisch. Aber Prof. Schäfer, der diese Wahrheit ausspricht, wurde gerügt. Das verstehe, wer will!

Nun ist Prof. Dr. Friedrich Schäfer ein alter Parlamentarier, dem diese Woche anlässlich seines 60. Geburtstages von allen Fraktionen hohe Anerkennung gezollt und dem das große Bundesverdienstkreuz verliehen wurde. Er hat sich die Rüge vorsätzlich eingehandelt, weil er nur so die Möglichkeit hatte, die - gelinde gesagt - einmalige Äußerung des CDU-Abg. Abelein festzunageln. Dafür gebührt ihm Dank.

Wir müssen uns aber fragen, ob die bisherige Übung des Bundestages, nur personalisierte Vorwürfe zu rügen, überhaupt noch eine gerechte Regelung ist. Den Vorwurf "So eine Hetze!" nimmt der Präsident zur Kenntnis, beim Zuruf "Sie Hetzer!" greift er ein. Eine Rechtfertigung für diese Praxis könnte höchstens darin liegen, daß wegen der Schnelligkeit, mit der ein Präsident zu reagieren hat, formalistische Regeln angebracht sind. Viel wesentlicher aber ist die Frage, ob nicht die Äußerung des Abg. Abelein in größter Weise die Würde des Bundestages verletzt hat, die der Präsident nach § 7 der GO zu wahren hat. Erweckt eine solche Äußerung, wenn sie unbeanstandet bleibt, nicht den Eindruck, als wäre sie in der parlamentarischen Ordnung?

Hier muß der Ansatzpunkt unserer Überlegungen liegen. In § 22 der Bundestagsgeschäftsordnung steht fest unbeachtet der Satz: "Der Bundestag kann sich eine Ehrenordnung geben". Ist ein so ehrbeachtender Vorwurf wie der des CDU-Abg. Abelein nicht ein Anlaß, darüber nachzudenken, ob hier Bestimmungen erweitert werden müssen? Die Würde des Parlaments wird doch durch den mehr geschädigt, der demokratischen Politikern unterstellt: "auf der anderen Seite zu stehen", als durch den, der eine solche Unanständigkeit mit Recht festnagelt und brandmarkt!

(-/11.4.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller